

Was wir für mehr Klimaschutz tun müssen

Der Klimaschutz erfordert ein entschlossenes Steuern des Marktgeschehens und die Bayerische Verfassung schreibt dies vor, betont der Bankier **Günter Grzega**.

Herr Grzega, woran krankt unser Klimaschutz?

Der Klimaschutz krankt daran, dass unsere Klimaschutzpolitik ineffizient ist. Sie ist ineffizient, weil sie aus einer Überfülle an halbherzigen Einzelmaßnahmen besteht, aus einem Labyrinth an bürokratischen Vorschriften und Verboten ohne schlüssiges Gesamtkonzept. Was wir jedoch brauchen, das ist eine wesentlich stärkere Kopplung des Eigennutzztrebens an den Klimaschutz – und letztlich an alle Belange des Gemeinwohls.

Wir brauchen wirksame Mechanismen, öko-

nomische Anreizsysteme, die dazu führen, dass das Eigennutzzstreben nicht im Widerspruch zum Gemeinwohl steht, sondern es steigert. Das ist eine zentrale Aufgabe des Staates, aber dieser kommt er heute nur ungenügend nach.

Muss sich der Staat nicht gegenüber dem Marktgeschehen neutral verhalten?

Dass sich der Staat nicht ins Marktgeschehen einmischen darf, ist ein zentrales Dogma der neoliberalen Wirtschaftstheorie – besser gesagt: Wirtschaftsideologie –, widerspricht aber ganz klar sehr vielen Verfassungen, auch der bayerischen. Deren Artikel 151 definiert in Absatz 1 ganz klar: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“ Und Absatz 2 präzisiert: „Die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen findet ihre Grenze in der Rücksicht auf den Nächsten und auf die sittlichen Forderungen des Gemeinwohls.“ Der Staat darf also nicht nur ins Marktgeschehen eingreifen, er muss es sogar, wenn das Gemeinwohl dies erfordert. Und der Schutz des Klimas erfordert dies ganz klar. Der Wandel des Klimas, die globale Erwärmung, zieht unabsehbare Folgen nach sich, die das Gemeinwohl erheblich mindern würden.



Günter Grzega, Dipl.-Bankbetriebswirt und Dipl.-Verwaltungsbetriebswirt, war von 2000 bis 2006 Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank München eG, die unter seiner Führung zu einer der größten Genossenschaftsbanken Deutschlands aufstieg. Er engagiert sich seit 2004 in der „Global-Marshall-Plan-Initiative“, war 2009 Gründungsmitglied des „Senats der Wirtschaft Deutschland“, von 2010 bis 2015 Vorstandsvorsitzender des „Senatsinstituts für gemeinwohlorientierte Politik“ und ist seit 2011 Botschafter der „Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung“.

// www.globalmarshallplan.org

// www.igp-deutschland.de

// www.ecogood.org

„Es ist mindestens dafür zu sorgen,
dass klimaschädliche Produkte
keinen Wettbewerbsvorteil haben.“

Muss sich der Staat „baustoff-neutral“ verhalten? Oder darf er klimafreundliche Baustoffe und Bauweisen fördern?

Auch hier gilt: Der Staat darf klimafreundliche Baustoffe und Bauweisen nicht nur fördern, er muss es sogar, um seiner Pflicht zur Wahrung und Mehrung des Gemeinwohls gerecht zu werden. Der Staat darf nicht die Rolle eines passiven, neutralen Zuschauers einnehmen, sondern er muss das Marktgeschehen aktiv gestalten. Er muss es so gestalten, dass es dem Klimaschutz dient. Die globale Erwärmung ist das größte Marktversagen in der Geschichte der Menschheit – und auch das größte Politikversagen.

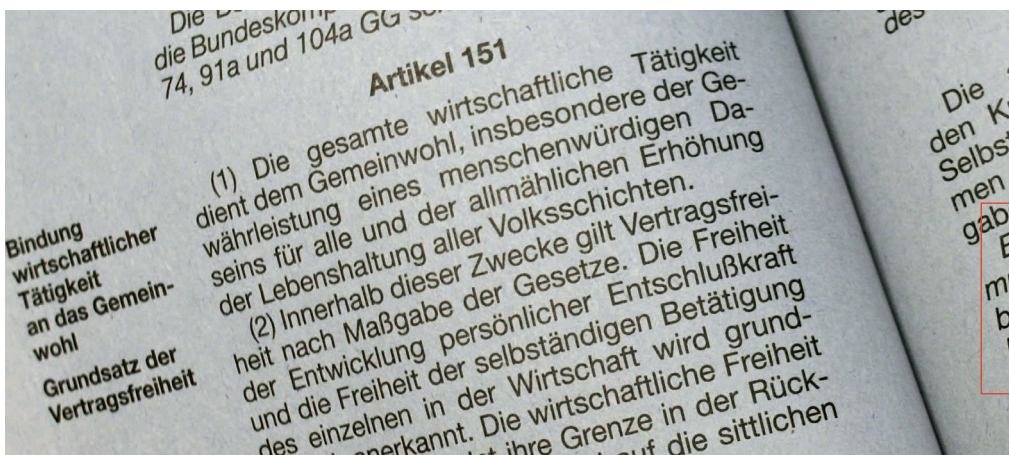
Wie sehen Marktregeln aus, die dem Klimaschutz dienen?

Im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen des Gemeinwohls ist die Ursache des Klimawandels, das Treibhausgas CO₂, quantitativ gut erfassbar. Es ist mindestens dafür zu sorgen, dass klimaschädliche Produkte

und Aktivitäten keinen Preis- und damit Wettbewerbsvorteil dadurch haben, dass sie die Folgekosten des Klimawandels komplett auf die Allgemeinheit abwälzen. Um einen fairen Wettbewerb zu erreichen, muss der Verursacher für diese Kosten geradestehen und darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Wer unsere Erdatmosphäre mit Treibhausgasen verschmutzt, muss zahlen! Für jede Tonne CO₂, die freigesetzt wird, eine angemessen hohe Abgabe! Und das nicht irgendwann, sondern so bald wie möglich, denn seit Nicholas Sterns 2006 veröffentlichtem Klima-Report wissen wir, dass die Folgekosten des Nicht-Handelns vielfach höher sind als die Kosten des Handelns. Diese Erkenntnis wurde durch Olav Hohmeyers kürzlich veröffentlichte Studie „Nutzen des Klimaschutzes“ nochmals bestätigt.

Würde eine CO₂-Abgabe nicht unsere volkswirtschaftliche Entwicklung lähmen?

Kostenwahrheit in Bezug auf den Klimawandel muss nicht bedeuten, dass alles teurer wird. Durch Steuersenkungen oder eine Pro-Kopf-Rückerstattung kann die Kaufkraft insgesamt gleich bleiben. Wachstum entsteht ja durch Nachfrage. Durch eine CO₂-Abgabe entstünden ökonomische Anreize zur CO₂-Einsparung. Die Folge wäre ein kreativer Wettbewerb um effiziente CO₂-Einsparungen. Das ist eine durch und durch marktwirtschaftliche Lösung, viel wirksamer als bürokratische Vorschriften und Verbote. Ein Großteil unserer Gesetze und Verordnungen würde dadurch überflüssig, ebenso der damit verbundene Verwaltungsaufwand. Die zentrale Frage, die unsere Wirtschaftspolitik schon lange nicht mehr stellt, die aber zukünftig immer zu stellen ist, lautet: Welches Wachstum wollen wir überhaupt? Was soll wachsen? Und was nicht? Wirtschaften ist kein Selbstzweck. Ziel des Wirtschaftens ist das Gemeinwohl! ■



„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl“, bestimmt die Bayerische Verfassung in ihrem Artikel 151 klar und deutlich